

Fachausschuss Suchtselbsthilfe Nordrhein-Westfalen (FAS NRW)

PRESSEMITTEILUNG

Wuppertal, 28. April 2022

Legalisieren – aber richtig

Der Fachausschuss Suchtselbsthilfe NRW fordert die Regulierung aller Suchtmittel und effektive Präventionsstrukturen

In einem gemeinsamen Positionspapier seiner Mitgliedsverbände zur Verfügbarkeit von Suchtmitteln fordert der FAS NRW die Regulierung aller Suchtmittel und effektive Präventionsstrukturen. Das politische Positionspapier wird von einem breiten Spektrum engagierter Betroffener getragen. Sie vertreten 16 Suchtselbsthilfverbände in NRW als bundesweit einmaliges Netzwerk.

Die Autorinnen und Autoren greifen die angestrebte Legalisierung von Cannabis auf und verweisen bewusst auf die Suchtpotenziale aller legalen und illegalen psychoaktiver Substanzen, wie auch auf die negativen Auswirkungen uneinheitlicher Regulierung der Verfügbarkeit von Suchtmitteln.

Als von Sucht Betroffene und Angehörige wissen sie aus Erfahrung, wie gravierend die Konsequenzen sind, wenn aus Konsum Sucht wird – und wie schwer der Weg heraus ist. Deshalb ist ihr Anliegen, dass möglichst wenige Menschen süchtig werden und Suchtkranke ihre Abhängigkeit überwinden.

Vor diesem Hintergrund formulieren sie ihre Kritik an der aktuellen Suchtpolitik auf Bundes- und Landesebene und der weitgehend unkontrollierten Verfügbarkeit von Suchtmitteln aller Art. Sie wenden sich mit dem Text an die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, an die mediale Öffentlichkeit und an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der haupt- und ehrenamtlichen Suchthilfe.

Vor dem Hintergrund des Landtagswahlkampfes in NRW verweisen sie auf die Notwendigkeit, in der aktuellen Debatte, um die Legalisierung von Cannabis auf Bundesebene die konkreten Herausforderungen in jedem Bundesland nicht zu vergessen.

Die im FAS NRW zusammengeschlossenen Verbände wissen aus Erfahrung, dass ein erfolgreicher Weg aus der Sucht insbesondere über Abstinenz gegenüber legalen und illegalen Suchtmitteln gefunden werden kann. Sie wissen aber auch, dass die Suche nach Glückserlebnissen und Grenzüberschreitungen auch mit Suchtmitteln zum Menschsein dazu gehören und eine komplett abstinenten Gesellschaft eine Illusion ist. Dennoch sollte es aus ihrer Sicht ein gesellschaftliches Ziel sein, die Zahl der Suchtmittelabhängigen zu reduzieren sowie die persönlichen Schäden für die Betroffenen möglichst gering zu halten.

Vor allem Heranwachsende sind besonders gefährdet, durch Suchtmittelkonsum gesundheitlichen Schaden zu nehmen. Sie müssen dabei begleitet werden, einen verantwortlichen Umgang mit und eine Entscheidung für oder gegen Suchtmittel zu finden.

Die derzeitige Suchtpolitik ist weder konsequent noch zielführend: auf der einen Seite freier Zugang zu und Werbung für legale Drogen wie Alkohol, auf der anderen Seite Prohibition illegaler Drogen und Kriminalisierung der Gebraucherrinnen und Gebrauchere. In seinem Positionspapier fordert der FAS NRW, dass Suchtpolitik nicht darauf abzielen darf, Konsumentinnen und Konsumenten zu stigmatisieren und zu kriminalisieren. Außerdem müsse das Wissen über Suchtmittel,

Suchtentstehung und Suchtbehandlung Allgemeingut werden – vergleichbar der Wissensvermittlung zu anderen Gesundheitsthemen. Hier stehen engagierte Menschen aus der Suchtselbsthilfe mit ihren Erfahrungen für eine sachliche, multiperspektivische Aufklärung zur Verfügung.

Vor allem Suchtprävention für Jugendliche ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die weder allein an Eltern noch an Schulen delegiert werden kann.

Wir kritisieren und fordern:

1. Zugangsregulierung statt Verharmlosung

In Deutschland ist das Image von Suchtmitteln verharmlosend. Wir fordern daher, dass Imagekampagnen für ein Leben ohne Suchtmittel werben. Die Verfügbarkeit von Suchtmitteln soll neu reguliert werden: kein freier Verkauf von Suchtmitteln in Supermärkten, an Tankstellen oder in sonstigen Verkaufsstellen gleichberechtigt mit Waren der Grundversorgung, keine Spielautomaten in der Gastronomie. Das Angebot von Suchtmitteln soll allein in darauf spezialisierten Verkaufsstellen erfolgen - mit angeschlossenen Beratungs- und Hilfsangeboten.

2. Konsum nicht kriminalisieren

Gebraucherinnen und Gebrauchter von Suchtmitteln dürfen aufgrund des Besitzes oder Handels zur Beschaffung des Eigenbedarfs nicht länger inhaftiert und gesellschaftlich ausgegrenzt werden. Alternativen zum bisherigen prohibitiven Vorgehen sollen probeweise umgesetzt werden, um Erfahrungen damit zu sammeln und die Neuregelungen nach einer angemessenen Phase festzuschreiben oder anzupassen.

3. „Rausch als Schulfach“ - unsere Postkartenaktion zum Positionspapier

Das Positionspapier wird begleitet von einer Postkartenkampagne des FAS. Mit provokanten Slogans soll auf die zentralen Forderungen des Papiers verwiesen werden. Links und QR-Codes auf den Karten führen direkt auf die Homepage des FAS NRW und zum Text des Positionspapieres. „Rausch als Schulfach!“ verweist dabei auf die Forderung, das Wissen über Suchtmittel, Suchtentstehung und Suchtbehandlung zum allgemeinen Grundwissen zu machen.

Der Fachausschuss Suchtselbsthilfe NRW (FAS NRW) ist der Zusammenschluss der in Nordrhein-Westfalen arbeitenden Landesverbände der Suchtselbsthilfeorganisationen. Er wurde 2001 in seiner heutigen Struktur mit dem Ziel gegründet, die Interessen von Suchtkranken und Angehörigen aus den Suchtselbsthilfeverbänden zu koordinieren und verbandsübergreifend zu vertreten.

Das Positionspapier und weitere Informationen finden Sie hier: www.fas-nrw.de/suchtmittel

Für Rückfragen und zur Weitervermittlung an geeignete Gesprächspartnerinnen und -partner wenden Sie sich bitte an:

Frank Happel
FAS NRW-Geschäftsstelle
Schubertstraße 41, 42289 Wuppertal
Tel.: 0202 / 62003-39, Mob.: 0151 64404708
E-Mail: partizipation@fas-nrw.de